

Carolin Emmert

Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten in institutionellen Schiedsverfahren



Nomos

Privatrecht – Wirtschaftsrecht – Verfahrensrecht

herausgegeben vom

Institut für ausländisches und internationales
Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg

Prof. Dr. Christoph Kern
Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Pfeiffer
Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

Band 10

Carolin Emmert

Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten in institutionellen Schiedsverfahren



Nomos

Diese Arbeit wurde durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg und die Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg gefördert.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2020

u.d.T.: „Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten in institutionellen Schiedsverfahren – Problemstellungen bei der Gestaltung von Schiedsvereinbarungen nach BGH „Schiedsfähigkeit II“ im internationalen Kontext und Lösungsmöglichkeiten mit Hilfe institutioneller Schiedsordnungen“

ISBN 978-3-8487-6827-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-0926-2 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Nachdem der BGH viele Jahre die Beilegung von Beschlussmängelstreitigkeiten in der GmbH im Wege eines Schiedsverfahrens abgelehnt hat, vollzog er mit der Entscheidung „Schiedsfähigkeit II“ eine Kehrtwende. Die vorliegende Arbeit behandelt Problemstellungen bei der Gestaltung von Schiedsvereinbarungen nach BGH „Schiedsfähigkeit II“ im internationalen Kontext und Lösungsmöglichkeiten mit Hilfe institutioneller Schiedsordnungen.

Die Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität im Wintersemester 2019/2020 als Dissertation angenommen. Sie entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ausländisches und Internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg in den Jahren 2012 bis 2014 sowie im Zuge eines Forschungsaufenthaltes in Genf im Herbst 2013.

Großer Dank gebührt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Pfeifer, für die Betreuung der Arbeit sowie die Aufnahme in die Schriftenreihe „Privatrecht – Wirtschaftsrecht – Verfahrensrecht“. Herrn Prof. Dr. A. Verse danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein ganz besonderer Dank gilt meiner Familie, die mich während des gesamten Promotionsverfahrens stets unterstützt hat.

Frankfurt am Main, im Mai 2020

Carolin Emmert

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
Einführung	29
A. Ausgangspunkt: Schiedsfähigkeit von GmbH-Beschlussmängelstreitigkeiten	32
I. Gesetzliche Vorgaben für Beschlussmängelstreitigkeiten	32
II. Begriff der Schiedsfähigkeit	33
III. Entwicklung bis 1996	34
1. Begründung der Schiedsunfähigkeit von Beschlussmängelstreitigkeiten	35
a. Ausschließliche Zuständigkeit des Landgerichts, § 246 III 1 AktG	35
b. Wirkung des Urteils inter omnes, § 248 I 1 AktG	36
c. Fehlende Vergleichsfähigkeit des Streitgegenstandes, § 1025 ZPO a.F.	37
2. Alternativlösung	38
IV. BGH-Urteil vom 29.03.1996 („Schiedsfähigkeit I“)	39
V. Schiedsrechtsreform 1998	40
VI. BGH-Urteil vom 06.04.2009 („Schiedsfähigkeit II“)	41
B. Gegenstand der Untersuchung	42
C. Gang der Darstellung	44
Erster Teil: Geltungsanspruch und Geltungsbereich der Vorgaben des BGH	45
A. Dogmatische Grundlagen	45
I. Ausgangspunkt: Blickwinkel und Verhältnis zur Entscheidungswirkung	45
II. Betrachtung der einzelnen Vorgaben des BGH	49
1. Zustimmung sämtlicher Gesellschafter zur Schiedsvereinbarung	51
a. Erforderlichkeit einer individuellen Zustimmung	52
b. Notwendigkeit der Anknüpfung an § 138 I BGB	55

Inhaltsverzeichnis

2.	Information über Einleitung und Verlauf des Schiedsverfahrens	56
3.	Ermöglichung der Beteiligung am Verfahren	58
a.	Ausschluss der Verfahrensbeteiligung auf Beklagtenseite	58
b.	Beteiligungspflicht bzw. automatische Beteiligung auf Beklagtenseite	59
c.	Voraussetzungen der Zulassung zum Verfahren	61
4.	Beteiligungsmöglichkeit bei der Schiedsrichterbestellung	62
a.	Personelle Reichweite des Beteiligungsrechts	63
b.	Art und Weise der Schiedsrichterauswahl	65
aa.	Zwingende Drittbestimmung der Schiedsrichter	66
bb.	Gesetzlich vorgesehener Mechanismus der Schiedsrichterauswahl	67
cc.	§ 1034 II ZPO als Alternativlösung zur Anknüpfung an § 138 I BGB	73
c.	Zusammenfassung	75
5.	Zuständigkeitskonzentration bei einem Schiedsgericht	75
a.	Verhinderung eines parallelen staatlichen Gerichtsverfahrens	76
b.	Verhinderung eines parallelen Schiedsverfahrens	79
6.	Beschränkung des prozessualen Schutzes auf die Gesellschafter	82
7.	Zusammenfassung	84
III.	Folgen der Anwendung von § 138 I BGB	84
IV.	Disponibilität	86
1.	Zustimmung sämtlicher Gesellschafter zur Schiedsvereinbarung	86
2.	Information und Ermöglichung von Verfahrensbeteiligung sowie Einflussnahme auf die Schiedsrichterbestellung	87
3.	Zuständigkeitskonzentration bei einem Schiedsgericht	88
4.	Zusammenfassung	88
B.	Geltungsbereich der Vorgaben im Normengefüge der Schiedsgerichtsbarkeit	89
I.	Einordnung der Vorgaben des BGH in das System der Rechtsgrundlagen der Schiedsgerichtsbarkeit	89
1.	Überblick über die Rechtsgrundlagen der Schiedsgerichtsbarkeit	89

2. Qualifikation der Vorgaben des BGH	90
II. Das auf die Schiedsvereinbarung anwendbare Recht	91
1. Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung	92
2. Kollisionsrechtliche Bestimmung des anwendbaren Rechts	94
3. Sonderstellung einer in den Gesellschaftsvertrag integrierten Schiedsklausel?	96
III. Bindungswirkung der Vorgaben des BGH bei der Anwendung deutschen Rechts	100
1. Zuständigkeit deutscher Gerichte	100
2. Anwendung deutscher Vorschriften durch ausländische Gerichte	102
3. Beurteilung der Schiedsvereinbarung durch das Schiedsgericht	106
4. Einschränkung der Bindungswirkung anhand des Gesellschaftsstatuts	107
IV. Durchsetzung der Vorgaben als Bestandteil des ordre public	108
V. Zusammenfassung	111
C. Sachlicher Geltungsbereich der Vorgaben: Erstreckung auf andere Streitigkeiten	111
I. Die Bedeutung der Gesellschaftsform	112
1. Aktiengesellschaft (AG)	112
a. Zulässigkeit einer statuarischen Schiedsklausel für Beschlussmängelstreitigkeiten	112
b. Schuldrechtliche Nebenabrede unter den Anteilshabern als Alternative	114
c. Notwendigkeit und Sachdienlichkeit der Übertragung der Vorgaben des BGH	115
aa. Erforderlichkeit der Vorgaben bei der AG	115
bb. Umsetzbarkeit der Vorgaben bei der AG	117
d. Alternativlösung mittels Feststellungsklage	118
aa. Umgehung der Vorgaben des BGH?	119
bb. Vereinbarkeit mit § 23 V AktG	121
e. Zusammenfassung	121
2. Personengesellschaften	122
a. Klageart	122
b. Klagegegner und Entscheidungswirkung	123
c. Sonderfall: GmbH & Co. KG	126
d. Zusammenfassung	126

Inhaltsverzeichnis

II. Die unterschiedlichen Arten gesellschaftsrechtlicher Streitigkeiten	127
1. Klagen seitens der Gesellschafter gegen die Gesellschaft	129
a. Positive Beschlussfeststellungsklage	129
b. Durchsetzung des Rechts auf Gewinnbeteiligung	131
aa. AG und GmbH	132
bb. Personengesellschaften	134
c. Informationserzwingungsverfahren	135
d. Durchsetzung des Bezugsrechts infolge effektiver Kapitalerhöhung bei AG und GmbH	137
e. Klagen im Zusammenhang mit dem Ausscheiden eines Gesellschafters	139
f. Klagen im Zusammenhang mit der Auflösung der Gesellschaft	139
2. Klagen seitens der Gesellschaft gegen die Gesellschafter	141
a. Durchsetzung von Sozialansprüchen	142
aa. Haftung mehrerer Gesellschafter pro rata	142
bb. Haftung mehrerer Gesellschafter als Gesamtschuldner	144
cc. Geltendmachung der Ansprüche im Wege der actio pro socio	145
b. Klagen in Zusammenhang mit dem Ausscheiden eines Gesellschafters	149
3. Streitigkeiten unter den Gesellschaftern	152
a. Handlungs- und Unterlassungsansprüche aus der Treuepflicht	152
b. Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Ausscheiden eines Gesellschafters	155
c. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Beendigung der Gesellschaft	156
4. Streitigkeiten im Verhältnis zu den Mitgliedern der Leitungsorgane	157
a. Streitigkeiten um Rechte und Pflichten der Organe und Organmitglieder	158
aa. Intra-organschaftliche Streitigkeiten am Beispiel des Aufsichtsrats	159
(1) Zustimmungserfordernis	160

(2) Information und Ermöglichung der Verfahrensbeteiligung sowie der Einflussnahme auf die Schiedsrichterbestellung	162
(3) Zuständigkeitskonzentration	163
(4) Sonderfall: Arbeitnehmermitbestimmung	163
bb. Inter-organschaftliche Streitigkeiten	164
b. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Abberufung von Organmitgliedern	165
aa. Personengesellschaften	165
bb. Kapitalgesellschaften	166
(1) GmbH-Geschäftsführer	167
(2) AG-Vorstand	167
(3) Aufsichtsrat	168
5. Streitigkeiten im Zusammenhang mit Umwandlungsvorgängen	168
6. Kapitalmarktrechtliche Streitigkeiten	170
a. Haftung der Gesellschaft gegenüber Kapitalanlegern und Streitbeilegung nach dem Kapitalanlegermusterverfahrensgesetz (KapMuG)	170
aa. Durchführbarkeit eines Musterverfahrens vor einem Schiedsgericht	171
bb. Bindung des Schiedsgerichts an einen Musterentscheid nach dem KapMuG	173
b. Übernahmerechtliches Squeeze-Out-Verfahren, §§ 39a, b WpÜG	174
7. Streitigkeiten im Konzernverhältnis	176
a. Streitigkeiten im Innenverhältnis einer konzernangehörigen Gesellschaft	176
b. Streitigkeiten zwischen abhängigem und herrschendem Unternehmen	177
8. Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit	177
9. Dem Spruchverfahren zugewiesene Streitigkeiten	179
10. Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut als Beurkundungsersatz?	181
11. Übertragung von Gestaltungskompetenzen auf ein Schiedsgericht	185
a. Zulässigkeit der Kompetenzübertragung	185
b. Anforderungen an die Schiedsvereinbarung	187
12. Einstweiliger Rechtsschutz	188

Inhaltsverzeichnis

13. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	190
a. Kriterien für eine Übertragung der BGH-Vorgaben	190
aa. Gesetzliche Anordnung	190
bb. Wille der Betroffenen	191
cc. Natur der Sache / Faktizität	191
(1) Gestaltungsentscheidungen	191
(2) Feststellungsentscheidungen	192
b. Abstrakte Grundregel	192
c. Konkrete Einzelfälle	192
 Zweiter Teil: Die schiedsgerichtliche Beilegung gesellschaftsrechtlicher Streitigkeiten im Rechtsvergleich	 194
A. Frankreich	196
I. Vollstreckung eines nach deutschem Gesellschafts- und Schiedsverfahrensrecht ergangenen Schiedsspruchs	196
1. Einordnung der zu untersuchenden gesellschaftsrechtlichen Streitigkeiten in das Regelungssystem des französischen Schiedsverfahrensrechts	196
2. Vollstreckungshindernisse	197
3. Vollstreckungsbegünstigungen	199
II. Die Schiedsfähigkeit gesellschaftsrechtlicher Streitigkeiten in Frankreich	200
1. Schiedsfähigkeit im engeren Sinn	200
a. Art. L721-3 Code du Commerce	200
b. Art. 2061 Code Civil	202
c. Gesetzliche Zuständigkeitsregelungen	202
d. Ordre public	202
2. Anforderungen an die Ausgestaltung von Schiedsvereinbarung und -verfahren	203
a. Einheitliches Verfahren mit Bindungswirkung für sämtliche Betroffenen	203
b. Ermöglichung der Verfahrensbeteiligung sämtlicher Betroffenen	206
c. Einfluss auf die Schiedsrichterauswahl	208
III. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	209

B. Schweiz	209
I. Vollstreckung eines nach deutschem Gesellschafts- und Schiedsverfahrensrecht ergangenen Schiedsspruchs	210
1. Einordnung der zu untersuchenden gesellschaftsrechtlichen Streitigkeiten in das Regelungssystem des schweizerischen Schiedsverfahrensrechts	210
2. Vollstreckungshindernisse	210
3. Vollstreckungsbegünstigungen	212
II. Die Schiedsfähigkeit gesellschaftsrechtlicher Streitigkeiten in der Schweiz	212
1. Schiedsfähigkeit im engeren Sinn	213
a. Voraussetzungen der Schiedsfähigkeit in internationalen Verfahren	213
b. Voraussetzungen der Schiedsfähigkeit in nationalen Verfahren	214
c. Gesetzliche Zuständigkeitsregelungen	215
d. Ordre public	216
2. Anforderungen an die Ausgestaltung von Schiedsvereinbarung und -verfahren	217
a. Einheitliches Verfahren mit Bindungswirkung für sämtliche Betroffenen	217
b. Ermöglichung der Verfahrensbeteiligung sämtlicher Betroffenen	220
c. Einfluss auf die Schiedsrichterauswahl	222
III. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	225
C. USA	225
I. Vollstreckung eines nach deutschem Gesellschafts- und Schiedsverfahrensrecht ergangenen Schiedsspruchs	226
1. Einordnung der zu untersuchenden gesellschaftsrechtlichen Streitigkeiten in das Regelungssystem des US-amerikanischen Schiedsverfahrensrechts	226
2. Vollstreckungshindernisse	227
3. Vollstreckungsbegünstigungen	229
II. Die Schiedsfähigkeit gesellschaftsrechtlicher Streitigkeiten in den USA	232
1. Kompetenzverteilung hinsichtlich der Beurteilung der Schiedsfähigkeit	232

Inhaltsverzeichnis

2. Schiedsfähigkeit im engeren Sinn	233
a. Gesetzliche Verankerung von Gesellschafterrechten und Klagemöglichkeiten	234
b. Eingriff in die Kompetenzverteilung innerhalb der Gesellschaft	235
c. Gesetzliche Zuständigkeitsregelungen	236
d. Anlegerschutz und Berührung öffentlicher Interessen	236
e. Zwischenergebnis und Fazit	238
3. Anforderungen an die Ausgestaltung von Schiedsvereinbarung und -verfahren	239
a. Zustimmung sämtlicher Betroffenen zur Schiedsvereinbarung	240
b. Ermöglichung der Verfahrensbeteiligung sämtlicher Betroffenen	241
c. Einfluss auf die Schiedsrichterauswahl	243
d. Zuständigkeitskonzentration	244
III. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	246
D. Weitere Rechtsordnungen	247
I. Italien	247
II. Österreich	248
III. Spanien	248
IV. Großbritannien	249
V. Schweden und Finnland	250
VI. Polen	251
VII. Ukraine	251
VIII. Russland	252
IX. Südamerika	252
X. China	253
E. Ergebnisse des Rechtsvergleichs	254
Dritter Teil: Umsetzung der Vorgaben des BGH in institutionellen Schiedsverfahren	255
A. Institutionelle Schiedsordnungen als Mittel der Umsetzung der Vorgaben	255
I. Rechtsnatur des Verweises auf eine institutionelle Schiedsordnung	255
1. Entscheidungsverlagerung auf eine dritte Stelle	256
2. Beurteilungszeitpunkt	257

II. In die Betrachtung einzubeziehende Schiedsinstitutionen und Regelwerke	258
1. International Court of Arbitration of the ICC	258
2. Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS)	258
3. London Court of International Arbitration (LCIA)	259
4. Arbitration Institute of the Stockholm Chamber of Commerce (SCC)	259
5. American Arbitration Association (AAA)	259
6. China International Economic and Trade Arbitration Commission (CIETAC)	260
7. Swiss Chambers' Arbitration Institute	260
8. Wiener Internationales Schiedsgericht (WIS)	260
9. Singapore International Arbitration Centre (SIAC)	261
10. Ständige Schiedsgerichte	261
11. UNCITRAL Arbitration Rules	261
III. Musterschiedsklauseln	262
B. Zustimmung zur Schiedsvereinbarung	262
I. Kompetenzbegründung des Schiedsgerichts in sachlicher Hinsicht	263
1. Reichweite gesellschaftsvertraglicher Schiedsvereinbarungen	263
2. Notwendigkeit einer Kennzeichnung des Geltungsbereichs der BGH-Vorgaben?	264
a. Explizite Nennung als Voraussetzung der Kompetenzbegründung des Schiedsgerichts	265
b. Erforderlichkeit einer Abgrenzung im Hinblick auf die besonderen Prozessvorgaben	266
II. Kompetenzbegründung des Schiedsgerichts in personeller Hinsicht	268
1. Bindung der Gesellschaft an die Schiedsvereinbarung	269
a. Kapitalgesellschaften	269
b. Personengesellschaften	270
2. Bindung sämtlicher Gesellschafter an die Schiedsvereinbarung	271
a. Alternativlösungen	272
aa. Inhaltsgleiche bilaterale Schiedsvereinbarungen	272
bb. „Opt Out“-Lösung	273
b. Nachträgliche Bindung auf Initiative des betroffenen Gesellschafters	274

Inhaltsverzeichnis

c.	Sicherstellung der Bindung neu hinzutretender Gesellschafter	274
aa.	Kapitalgesellschaften	274
bb.	Personengesellschaften	276
cc.	Sonderfall: Erwerb der Gesellschafterstellung während des Schiedsverfahrens	278
d.	Bindung an eine Schiedsvereinbarung infolge eines Umwandlungsvorgangs	278
aa.	Einseitig vorhandene Schiedsvereinbarung beim übernehmenden Rechtsträger	278
bb.	Einseitig vorhandene Schiedsvereinbarung beim übertragenden Rechtsträger	279
e.	Dauer der Bindung an die Schiedsvereinbarung	279
3.	Bindung sämtlicher Organmitglieder an die Schiedsvereinbarung	280
III.	Umgang mit Altklauseln aus der Zeit vor dem BGH-Urteil „Schiedsfähigkeit II“	281
1.	Zustimmungserfordernis bei Anpassung von Altklauseln	282
2.	Mitwirkungspflicht der Gesellschafter	283
IV.	Formfragen	285
1.	Zu beachtende Formvorgaben	285
a.	Gesetzliche Formvorgaben	285
b.	Formvorgaben der unterschiedlichen Schiedsordnungen	287
c.	Art. II (2) UNÜ	288
2.	Anwendung der Formvorschriften	288
a.	Vereinbarung im Zuge der Gesellschaftsgründung	289
b.	Nachträgliche Einfügung in den Gesellschaftsvertrag	290
c.	Bindung später hinzutretender Gesellschafter	291
d.	Sonderfall: Beteiligung von Verbrauchern	292
3.	Reichweite der Formerfordernisse	292
V.	Zusammenfassung und Schlussfolgerung	294
C.	Information über Einleitung und Verlauf des Schiedsverfahrens	295
I.	Art und Weise der Informationsvermittlung	295
II.	Adressat der Informationsverpflichtung	297
1.	Rechtsfolgen fehlender Informationsweiterleitung	298
2.	Information durch die Gesellschaft	299
3.	Information durch die Schiedsinstitution	301
4.	Information durch das Schiedsgericht	302

5. Information durch den Kläger	303
III. Zeitliche Reichweite der Informationspflicht	304
IV. Personelle Reichweite der Informationspflicht	306
1. Gesellschafter und Gesellschaft als potentielle Betroffene	307
2. Wirkung des Schiedsspruchs als maßgebliches Identifikationskriterium	308
3. Benennung durch den Kläger	309
a. Verpflichtung des Klägers	309
b. Verpflichtung der Gesellschafter zur Adressmitteilung und Zustellungsfiktion	310
c. Anpassungsbedarf bei Anwendung auf eine AG	313
V. Sachliche Reichweite der Informationspflicht	314
1. Information über die Klageerhebung	314
2. Information über den Verfahrensverlauf	315
VI. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	316
D. Ermöglichung der Verfahrensbeteiligung	317
I. Ausgestaltung der Verfahrensbeteiligung	317
1. Beitritt als Hauptpartei: Anschluss an die Klage	318
2. Nebenbeteiligung	321
a. Nebenintervention	322
b. Streitverkündung	324
c. Drittwiderklage	324
d. Stellung eines Beigeladenen	325
3. Voraussetzungen der Beteiligungsberechtigung	327
a. Besonderheiten der Beschlussanfechtung in der AG	327
aa. Voraussetzungen des § 245 Nr. 1 AktG	328
bb. Aktionärserschaft	331
(1) Verlust der Aktionärsstellung nach Klageerhebung	331
(2) Erforderlichkeit der Aktionärsstellung im Zeitpunkt der Beschlussfassung	333
b. Übertragung auf andere Streitigkeiten im Geltungsbereich der BGH-Vorgaben	335
aa. Beschlussmängelstreitigkeiten bei AG und GmbH	335
bb. Beschlussmängelstreitigkeiten bei Personengesellschaften	336
cc. Sonstige Gestaltungsclagen	337

Inhaltsverzeichnis

dd. Streitigkeiten über die Wirksamkeit einer gestaltenden Maßnahme oder Erklärung	338
c. Berücksichtigung im Schiedsverfahren	339
aa. Prozessführungsbefugnis des Klägers	339
bb. Berechtigung zum Anschluss an die Klage als Hauptpartei	340
(1) Folgen der Verfahrensbeteiligung eines Nichtberechtigten	341
(2) Schlussfolgerungen für die Überprüfung im Schiedsverfahren	342
(a) Verantwortlichkeit des Schiedsgerichts	342
(b) Verantwortlichkeit der Schiedsinstitution	342
(c) Verantwortlichkeit des Benennenden	343
cc. Berechtigung zur Nebenbeteiligung	343
dd. Folgefrage: Widerruflichkeit der Betroffenen-Benennung	344
ee. Beteiligungsbegehren eines unbenannten Betroffenen	345
II. Beteiligungszeitpunkt	345
1. Beteiligungsfrist	346
a. Geltungsanspruch der Anfechtungsfrist des § 246 I AktG	346
aa. Hauptbeteiligung: Anschluss an die Klage	346
bb. Nebenbeteiligung	347
b. Geltungsanspruch der Beitrittsfrist des § 246 IV 2 AktG	349
c. Sinn und Zweck entsprechende Fristgestaltung	350
2. Folgen des Fristablaufs	351
3. Sonderfall: Erwerb der Gesellschafterstellung nach Ablauf der Beteiligungsfrist	354
III. Folgen der Entscheidung gegen eine Verfahrensbeteiligung	354
IV. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	355
E. Mitwirkung bei der Konstituierung des Schiedsgerichts	356
I. Anforderungen an die Ausgestaltung der Schiedsrichter Auswahl	356
1. Recht eines jeden Beteiligten zur Benennung eines eigenen Schiedsrichters	356
2. Gleichbehandlung sämtlicher Beteiligter	359
II. Gestaltungsmöglichkeiten	361
1. Überblick	361

2. Alleinige Schiedsrichterernennung durch die Gesellschaft	362
a. Ernennung der Schiedsrichter im Zuge der Verfahrenseinleitung	363
b. Ernennung der Schiedsrichter nach bzw. im Zuge der Entstehung der Grundlage einer konkreten Streitigkeit, aber vor Erhebung einer Schiedsklage	365
c. Ernennung der Schiedsrichter im Vorfeld eines konkreten Verfahrens	366
aa. Gleicher Einfluss potentieller Verfahrensbeteiligter auf die Schiedsrichterauswahl	367
(1) Ausgestaltung der Beschlussfassung	367
(2) Erwerb der Mitgliedschaft nach Wahl der Schiedsrichter	370
(3) Fehlende Zugehörigkeit eines Betroffenen zu dem entscheidenden Gesellschaftsorgan	371
bb. Wahrung der internen und externen Waffengleichheit im konkreten Verfahren	372
cc. Nachteile der Schiedsrichterauswahl im Vorfeld eines konkreten Verfahrens	373
dd. Alternativlösung: Aufstellung einer Liste potentieller Schiedsrichter	374
3. Ernennung eines Schiedsrichters durch jeden einzelnen Beteiligten	374
4. Wahl eines Einzelschiedsrichters	376
5. Benennung eines gemeinsamen Schiedsrichters auf der jeweiligen Prozessseite	379
a. Einigungszwang	379
b. Mehrheitsentscheidung	381
c. Zwischenergebnis	385
6. Benennung der Schiedsrichter durch einen neutralen Dritten	386
a. Drittbestimmung als Auffanglösung	387
b. Drittbestimmung als Primärlösung	393
c. Anforderungen an die zur Drittbestimmung berufene Person oder Stelle	395
7. Weitere Auffanglösungen	397
8. Schiedsrichterauswahl mit Hilfe eines Listenverfahrens	400
a. Negativauswahl	400

Inhaltsverzeichnis

b. Positive Listenwahl	400
c. Anwendungsweise in Mehrparteienkonstellationen	401
9. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	402
III. Zeitlicher Rahmen	403
1. Fristbeginn	403
2. Fristdauer	407
3. Folgen des Fristablaufs	407
F. Zuständigkeitskonzentration bei einem einzigen Schiedsgericht	408
I. Zuständigkeit eines ständigen Schiedsgerichts	408
II. Sperrwirkung des ersten Verfahrensantrags gegenüber späteren Anträgen	409
1. Feststellung der zeitlichen Vorrangstellung eines Antrags	409
2. Folgen der Sperrwirkung für spätere Verfahrensanträge	411
3. Anwendungsvoraussetzungen	413
III. Verbindung mehrerer Schiedsverfahren (Konsolidierung)	414
1. Voraussetzungen einer Verfahrensverbindung	415
a. Kompetenz zur Anordnung der Verfahrensverbindung	415
b. Ausgestaltung in den unterschiedlichen Schiedsordnungen	417
aa. Identität der Parteien	417
bb. Bindung an eine gemeinsame Schiedsvereinbarung	418
cc. Zustimmung, Antrag, Anhörung oder sonstiger Einfluss der Beteiligten	418
dd. Ermessensentscheidung durch die Schiedsinstitution	419
c. Zwischenergebnis	420
2. Folgen einer Verfahrensverbindung	420
IV. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	424
G. Ergebnis zur Umsetzung der Vorgaben des BGH	424
Vierter Teil: Folgefragen	426
A. Pathologische Fallgestaltungen	426
I. Umgang mit pathologischen Schiedsvereinbarungen	426
1. Heilung aufgrund gesellschaftsrechtlicher Vorschriften	427
a. § 242 II AktG (analog)	427
b. § 20 II UmwG	429

c. Grundsätze über die fehlerhafte Gesellschaft	430
2. Heilung mittels ergänzender Vertragsauslegung	431
3. Heilung aufgrund der Verfahrensdurchführung als solcher	433
a. Zweckerreichung	434
b. Verspätete Geltendmachung des Mangels bzw. rügelose Einlassung auf das Verfahren	437
aa. Maßgeblicher Zeitpunkt	438
bb. Personelle Reichweite des Rügerechts und der Präklusionswirkung	439
cc. Sachlicher Umfang der Präklusionswirkung	440
(1) Fehlen einer Vereinbarung bzw. der Bindung an eine bestehende Schiedsvereinbarung	440
(2) Nichtigkeit der Schiedsvereinbarung gem. § 138 I BGB aufgrund inhaltlicher Mängel	443
dd. Präklusion infolge positiver Zuständigkeitsentscheidung durch das Schiedsgericht	444
ee. Präklusion im Hinblick auf die Vollstreckungsversagungsgründe des Art. V UNÜ	445
ff. Fazit und Zusammenfassung	448
4. Heilung mittels konkludenter Parteivereinbarung bei Verfahrensdurchführung	449
a. Erwerb der Beteiligtenstellung	450
b. Mitwirkung bei der Konstituierung des Schiedsgerichts	451
c. Einlassung zur Sache	451
d. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	452
5. Heilung mittels ausdrücklicher Parteivereinbarung bei Verfahrensdurchführung	452
a. Zeitliche Abfolge	452
b. Art und Zustandekommen der Vereinbarung	453
aa. Parteivereinbarung in Form einer Verfahrensregelung („procedural order“)	454
bb. Parteivereinbarung mittels des Schiedsrichtervertrags	455
cc. Parteivereinbarung mittels des Austauschs bzw. der Weiterleitung von Schriftsätzen	455

Inhaltsverzeichnis

6. Formwirksamkeit geheilter Schiedsklauseln und Heilung von Formmängeln	457
7. Verzicht auf die Geltendmachung eines Mangels	458
8. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	461
II. Folgen mangelnder Einhaltung der Vorgaben bei Verfahrensdurchführung	462
1. Zweckerreichung bzw. fehlende Fortwirkung des Verstoßes im Schiedsspruch	462
2. Verspätete Geltendmachung des Verstoßes bzw. rügelose Einlassung	464
a. Maßgeblicher Zeitpunkt	464
b. Personelle Reichweite des Rügerechts und der Präklusionswirkung	465
c. Sachlicher Umfang der Präklusionswirkung	467
d. Präklusion im Hinblick auf die Vollstreckungsversagungsgründe des Art. V UNÜ	469
e. Zwischenergebnis	470
3. Heilung durch Beseitigung des Verfahrensfehlers	470
4. Billigung des Verfahrensfehlers bzw. Verzichtserklärung der Benachteiligten	473
5. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	474
B. Wirkung des Schiedsspruchs	474
I. Gestaltungswirkung	475
II. Grundlage für ein Tätigwerden staatlicher Stellen	478
III. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	480
Schlussbetrachtung	481
Schriftumsverzeichnis	485

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
AAA	American Arbitration Association
ABl.	Amtsblatt
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
ADR	Alternative Dispute Resolution
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
A.L.R. Fed	American Law Reports, Federal
a.M.	am Main
Am. Rev. Int. Arb.	American Review of International Arbitration
Anh	Anhang
AnwKom	Anwaltskommentar
Arb.	Arbitration
Ariz. St. L.J.	Arizona State Law Journal
Art.	Artikel
ASA	Swiss Arbitration Association
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebsberater (Zeitschrift)
BBl.	Bundesblatt (Schweiz)
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck'sche Rechtsprechungssammlung
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Bundesgerichtshofentscheidungen in Zivilsachen
BJM	Basler Juristische Mitteilungen
BSK	Basler Kommentar
Bsp.	Beispiel
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache

Abkürzungsverzeichnis

BUIJ	Boston University International Law Journal
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
Cah.Arb.	Cahier de l'Arbitrage (Zeitschrift)
Cal. Code Civ. Proc.	California Code of Civil Procedure
Ch.	Chambre
CIETAC	China International Economic and Trade Arbitration Commission
Civ.	Civil(e)
Code Com.	Code du Commerce (Frankreich)
Col. Rev. Stat.	Colorado Revised Statutes
Comp. Stat.	Illinois Compiled Statutes
Conn. Gen. Stat.	General Statutes of Connecticut
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit
DIS-ERGeS	Ergänzungsregeln der DIS für gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten
D&O Versicherungen	Directors' and Officers' Liability Insurances
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.A.	eine Ansicht
EG	Europäische Gemeinschaft
Einl	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
Entsch.	Entscheidung
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVO	Verordnung des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuroArbitration	Schiedsordnung des European Centre for Financial Dispute Resolution
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Europäisches Schuldvertragsübereinkommen
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Loseblattsammlung)
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
EZPO	Eidgenössische Zivilprozessordnung (Schweiz)
f. / ff.	folgende (Randnummer, Seite)
FAA	Federal Arbitration Act (USA)

FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fasc.	Fascicule
Fla. Stat. Ann.	Florida Statutes Annotated (2013)
Forts.	Fortsetzer
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht (Zeitschrift)
frz.	französisch
FS	Festschrift
Ga. Code Ann.	Georgia Code Annotated
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
Genfer Übereinkommen	Europäisches Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater (Zeitschrift)
Großkomm.	Großkommentar
GVP	St. Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis (Zeitschrift)
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
Haw. Rev. Stat.	Hawaii Revised Statutes
HGB	Handelsgesetzbuch
Hk-ZPO	Handkommentar zur Zivilprozessordnung
HLR	Harvard Law Review
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
IAR	International Arbitration Rules (der American Arbitration Association)
IBA	International Bar Association
IBA-Richtlinien	IBA Richtlinien zur Gestaltung internationaler Schiedsklauseln
ICC	International Chamber of Commerce
i.E.	im Ergebnis
ieS	im engeren Sinn
int.	international
Int.A.L.R.	International Arbitration Law Review
IowaLR	Iowa Law Review
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

IPRG	Bundesgesetz über das internationale Privatrecht (Schweiz)
iRd	im Rahmen des / der
iSd	im Sinne des / der
iVm	in Verbindung mit
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
KG	Kommanditgesellschaft
	Kammergericht (bei Gerichtsurteilen)
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KölnKom	Kölner Kommentar
KOM	Europäische Kommission
KTS	Konkurs, Treuhand und Schiedsgerichtswesen (Zeitschrift)
LCIA	London Court of International Arbitration
LG	Landgericht
lit.	litera
MBCA	Model Business Corporation Act
MD Code Ann. (Cts. Jud. Proc.)	Code of Maryland Annotated (Rules of Civil Procedure)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
ML	Model Law (Modellgesetz)
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MüKo	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
N.C. Gen. Stat. Ann.	North Carolina General Statutes Annotated
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
N.C.P.C.	Nouveaux Code de Procédure Civile (Frankreich)
No.	Number
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurteilungspraxis
Nr.	Nummer
N.Y. CVP. Law	New York Civil Praxis Law
NYULR	New York University Law Review
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OHG	Offene Handelsgesellschaft

Ohio Rev. Code Ann.	Ohio Revised Code Annotated
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLG-Report
OR	Obligationenrecht (Schweiz)
Or. Rev. Stat. Ann.	Oregon Revised Statutes Annotated
RegE	Regierungsentwurf
RevArb	Revue de l'Arbitrage
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rom I-VO	Verordnung über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rspr.	Rechtsprechung
RTD Civ.	Revue Trimestrielle de Droit Civil
RUAA	Revised Uniform Arbitration Act
S.	Seite
SA	société anonyme (französische Gesellschaftsform)
SAG	Schweizerische Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
SARL	société à responsabilité limitée (französische Gesellschaftsform)
SAS	société par action simplifiée (französische Gesellschaftsform)
SCA	société en commandite par actions (französische Gesellschaftsform)
SCC	Stockholm Chamber of Commerce
SCS	société en commandite simple (französische Gesellschaftsform)
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SchO	Schiedsordnung
SEC	Securities Exchange Commission (USA)
Sec.	Section
SIAC	Singapore International Arbitration Centre
SJ	La Semaine Judiciaire (Zeitschrift)
SJIR	Stanford Journal of International Relations
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
SNC	société en nom collectif (französische Gesellschaftsform)
s.o.	siehe oben
Spain Arb. Rev.	Spain Arbitration Review
SpruchG	Spruchverfahrensgesetz
Ständiges Schiedsgericht FFM	Ständiges Schiedsgericht der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main
Tex. Civ. Prac. & Rem. Code	Texas Civil Practice and Remedies Code

Abkürzungsverzeichnis

UAA	Uniform Arbitration Act (USA)
UmwG	Umwandlungsgesetz
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNÜ	New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche
Urt.	Urteil
USA	United States of America
v.	vom
vgl.	vergleiche
VGR	Wissenschaftliche Vereinigung für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkungen
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter (Zeitschrift)
WEG	Wohnungseigentümergeinschaft
WIS	Wiener Internationales Schiedsgericht
WM	Wertpapiermitteilungen
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpPG	Wertpapierprospektgesetz
WpÜG	Wertpapierübernahmegesetz
YCA	Yearbook Commercial Arbitration
z.B.	zum Beispiel
Z.B.J.V.	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGB	Zivilgesetzbuch (Schweiz)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

In Gesetzesangaben bezeichnen römische Zahlen den Absatz der Norm und arabische Zahlen den Satz.